

## en die russischen Behörden?



Im Straflager Nummer 3 verbrachte der Putin-Gegner seine letzten Tage.

ben eines Journalisten des Oppositionsmediums «Sota» wirkte der Politiker «gesund, wach und fröhlich». Ein Video der Anhörung bestätigt zumindest seine positive Laune. Denn der 47-Jährige ist gut aufgelegt und macht Witze. Er hatte den Richter scherzhaft gebeten, ihm doch «von seinem riesigen Richter-Lohn» bitte etwas Geld auf sein Gefängniskonto zu überweisen. Denn er sei «langsam pleite».

Dann plötzlich, gestern um 9 Uhr Schweizer Zeit folgten erste Telegram-Berichte, dass es Nawalny beim Spazieren schlecht

geworden sei. Nach Angaben der Gefängnisbehörden hätten ihn die Ärzte um 10.17 Uhr Schweizer Zeit für tot erklärt. **Und schon zwei Minuten später veröffentlichte der Strafvollzug eine entsprechende Mitteilung.**

Während es gestern sehr schnell ging, ist die Leidensgeschichte Nawalys eine jahrelange Angelegenheit. 2020 überlebte er einen Giftanschlag. Nach einem Spitalaufenthalt in Deutschland kehrte er im Januar 2021 nach Russland zurück. **Doch er wird am Flughafen festgenommen. Und schon bald in ein Straflager gesteckt.** Zuletzt wurde er in die Strafkolonie Nummer 3 im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen im Norden von Russland verlegt. Dort oben am Polarkreis – rund 2000 Kilometer von Moskau entfernt – starb er nun.



Ulrich Schmid über Nawalyns Tod und dessen Folgen

## «Russlands Opposition ist entweder tot, im Gefängnis oder im Ausland»

Blick sprach mit Ulrich Schmid (58) von der Universität St. Gallen über den Tod von Alexei Nawalny. Schmid ist Professor für Osteuropastudien und forscht unter anderem zu Politik und Medien in Russland.

**Blick:** Was bedeutet es für die Zukunft der Opposition Russlands, die sowieso schon sehr klein ist?

**Ulrich Schmid:** Die Opposition in Russland ist entweder tot, im Gefängnis oder im Ausland. Der Zustand der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition in Russland ist leider sehr düster. Es gibt kaum mehr organisierte Strukturen.

**Und was bedeutet Nawalyns Tod für Putin – knapp einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen?**

Wir sahen in den letzten Wochen, dass der Kreml sich entschieden hat, das Spiel der Präsidentschaftswahl auf Nummer sicher zu spielen. Der einzige ernst zu nehmende Oppositionskandidat, Boris Nadeschdin, der gegen den Krieg ist, wurde nicht zugelassen. Wie übrigens Nawalny selbst auch – 2018 wurde er von der letzten Präsidentschaftswahl ausgeschlossen. Damals hatte man die fabrizierten Gerichtsverfahren gegen ihn ins Feld geführt. Als Argument, um ihn nicht zur Präsidentschaftswahl zuzulassen.



Ulrich Schmid, Russland-Experte, Uni St. Gallen.

**Seit Jahren war Nawalny der Staatsfeind Nummer 1. Wieso wurde er so hart von der russischen Regierung drangegenommen – Giftanschlag, Gefängnis, Straflager?**

Nawalny hat sich einen Namen gemacht bei den grossen Protesten 2011/12 in Russland, die dem Kreml zu denken gegeben haben. Zudem hat Nawalny 2013 für das Bürgermeisteramt in Moskau kandidiert, wo er das beachtliche Ergebnis von 27 Prozent eingefahren hatte. Da schrillten die Alarmglocken im Kreml: Man hat gesehen, dass das ein ernst zu nehmender Gegner ist. Damit begann man, ihn mit Gerichtsverfahren zu überziehen, wo es um Unterschlagung und Betrug ging.

**Weltweit ist die Bestürzung gross. Überall, ausser im Kreml.** Das ist so. Putin hat Nawalny immer als Unperson behandelt. In der öffentlichen Sphäre Russlands ist Nawalny vor seiner Verhaftung kaum vorgekommen. Nach seiner Verhaftung wurde er als Verräter dargestellt. Das ist auch das Bild, das man in der breiten russischen Öffentlichkeit von ihm hat.

INTERVIEW: NICOLAS LURATI, RETO SCHERRER

## NEWS

### Lohnbeiträge für Kita-Plätze

**Bern** – Nicht der Bund, sondern Arbeitgeber und allenfalls Arbeitnehmer sollen künftig die familienergänzende Kinderbetreuung finanzieren. Das schlägt die zuständige Ständeratskommission vor. Sie will den Bundeshaushalt nicht übermässig mit einer stark gebundenen neuen Leistung belasten. Darum hat sie ihre Anträge zur Kita-Vorlage gestern in die Vernehmlassung geschickt. Die Details der Vorlage sind noch nicht publik.

### Schweiz wird wohl über AKW abstimmen

**Bern** – Das AKW-Bauverbot soll aufgehoben werden: Dies fordern Bürgerliche mit einer Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)». Gestern haben die Urheber des Volksbegehrens rund 130 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Frage ist, ob der Bundesrat oder das Parlament einen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeiten wird. Die Grünen kündigten bereits an, das Referendum gegen einen allfälligen Gegenvorschlag zu ergreifen.

### Sunrise verdient im Jahr 2023 weniger

**Zürich** – Sunrise hat im vergangenen Jahr den Umsatz stabil gehalten, aber operativ weniger verdient. Der Umsatz blieb unverändert bei 3,035 Milliarden Franken (–0,2 Prozent). Während der Mobilfunk und das Geschäft mit Firmenkunden zulegten, musste das Unternehmen gemäss eigenen Angaben im Festnetz Rückgänge hinnehmen. Der Betriebsgewinn sank derweil um 2 Prozent auf 1,031 Milliarden Franken. Für das laufende Jahr rechnet Sunrise mit einem etwas höheren Ergebnis.

### Swiss Re schreibt Milliardenprofit

**Zürich** – Die Swiss Re hat im Jahr 2023 einen Milliardenprofit eingefahren. Der Rückversicherungskonzern profitierte von einem guten Anlageergebnis und geringeren Katastrophenschäden als noch im Jahr davor. So verblieb unter dem Strich ein Reingewinn von 3,2 Milliarden Dollar. Damit hat die Gruppe ihr selbst gestecktes Ziel eines Jahresgewinns von 3 Milliarden Dollar übertroffen. Den Aktionären soll nun mehr Dividende bezahlt werden.

EURO MILLIONS	
	8 13 14 24 26 1 2
5 **	Kein Gewinner
5 *	2 à Fr. 347'999.05
5	13 à Fr. 125'12.80
4 **	54 à Fr. 2049.20
4 *	1118 à Fr. 182.35
3 **	1891 à Fr. 113.95
4	2500 à Fr. 60.55
2 **	24074 à Fr. 31.45
3 *	45869 à Fr. 18.40
3	102828 à Fr. 15.30
1 **	118061 à Fr. 16.15
2 *	592332 à Fr. 10.15
2	1341440 à Fr. 7.20
Im Jackpot	69000000

2. Chance	
	9 13 28 37 38
5	1 à Fr. 133'089.80
4	214 à Fr. 390.90
3	9388 à Fr. 17.40

Alle Angaben ohne Gewähr

### BÖRSEN & DEVISEN

SMI	11 310.6 (+0.2%)	↗
DOW JONES	38 628.0 (–0.4%)	↘
EURO/CHF	0.95	→
USD/CHF	0.88	→
GOLD	56 958 Fr./kg	↗
ERDÖL	83.33 \$/Fass	↗

## SVP-Mann lief im Bundesrat auf

# Rösti wollte Ukrainerinnen zurückschicken

Der Entscheid sorgte bei den in die Schweiz geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern für Aufatmen: Der Schutzstatus S gilt mindestens bis März 2025, sollte sich die Lage in der Ukraine nicht massgeblich verbessern. Das hat der Bundesrat auf Antrag der damaligen Asylministerin Elisabeth Baume-Schneider (60) im November entschieden.

**Allerdings kommt der derzeit für rund 65 000 Personen geltende Schutzstatus S zunehmend unter Beschuss** – selbst im Bundesrat, wie nun verwaltungsinterne Dokumente belegen, die Blick gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat.

An vorderster Front stellt SVP-Bundesrat Albert Rösti (56) den Schutzstatus infrage. So beantragte sein Generalsekretär Yves Bichsel (52) in der Ämterkonsultation, «von einem pauschalen zu einem differenzierten Ansatz zu wechseln». **Für Personen aus Gebieten, die «von der Kriegsfront weit entfernt» liegen, sollte ab diesem Frühjahr der Status S mit einer angemessenen Frist auslaufen** – und deren Rückkehr mit geeigneten Massnahmen gefördert werden.

Ein solcher Ansatz trage der konkreten Lage vor Ort besser Rechnung. «Aufgrund der Grösse des Landes sind weite Gebie-



Albert Rösti stellte den Schutzstatus S infrage.

te wenig oder gar nicht von Kampfhandlungen betroffen», argumentierte Bichsel. Die Kämpfe würden sich auf gewisse Gebiete beschränken. Und: «Der Frontverlauf ist seit vergangener Spätherbst weitgehend unverändert geblieben.» **Bichsel spricht denn auch von einer Stabilisierung der Lage.** «Dies wird auch durch den Umstand unterstrichen, dass Tausende von Ukrainern wieder in ihre Heimat zurückkehren.»

Auch die finanzielle Tragweite und die ausländerpolitische Dimension spreche für eine baldige Rückkehr, mahnte Bichsel. Letzteres liege auch im Interesse der Ukraine selbst, um einen Zusammenbruch von Wirtschaft und Gesellschaft zu verhindern und Normalität aufrechtzuerhalten.

Eine nachhaltige Stabilisierung der Lage, **geschweige denn ein Ende des Kriegs seien zurzeit nicht absehbar**, hielt das Staatssekretariat für Migration (SEM) in seinem Aussprachepapier-Entwurf dagegen. Zwar teilte das SEM die Lage in der

Ukraine in verschiedene Kategorien ein: in Regionen, die ganz oder teilweise durch Russland besetzt sind; in Regionen, in denen mehr oder weniger intensive Kampfhandlungen stattfinden, und schliesslich in Regionen unter ukrainischer Kontrolle, in denen keine Kampfhandlungen stattfinden.

«Jedoch kommt es auch in den letztgenannten Regionen zu russischen Angriffen mit Fernkampfwaffen, bei denen regelmässig auch zivile Ziele getroffen und zivile Opfer zu beklagen sind», warnte die Behörde. **«Russland kann auch in diesen Regionen die Gewalt jederzeit und sehr rasch eskalieren lassen.»** Die Fluchtbewegungen aus der Ukraine hinaus dürften daher ebenso anhalten wie die Rückkehr geflohener Personen.

Diese Überlegungen überzeugten die Mehrheit in der Landesregierung. Rösti, der die Forderung nach einer Schwächung des Schutzstatus auch in den Bundesrat eingebracht hatte, und sein Generalsekretär Bichsel liefen auf. RUEDI STUDER

## Nach übertriebenen Finanzwarnungen

# Armeechef Süssli gerät unter Druck

Die gute Nachricht: Die Schweizer Armee hat kein Finanzloch. Die schlechte: Sie hat mit Thomas Süssli (57) einen Armeechef, der mit Falschaussagen in den vergangenen Tagen für grosse Unruhe in Politik und Bevölkerung sorgte.

Das Schweizer Radio (SRF) hatte Ende Januar über ein internes Dokument berichtet, wonach der Schweizer Armee bis Ende 2025 1,4 Milliarden Franken für die Zahlung bereits getätigter Rüstungskäufe fehlen. **Süssli warnte darauf gar vor dem bevorstehenden Ende des Heers.**

Nachdem sich das Parlament im Dezember nur zu einer verzögerten Erhöhung des Armeebudgets durchringen konnte, müsse das Militär bei Rüstungsfirmen um Zahlungsaufschub betteln. Mehrfach sprach Süssli von einem Liquiditätsengpass.

Nur wenige Tage später war alles anders. Von Finanzproblemen will Verteidigungsministerin Viola Amherd (61) nichts wissen. Dass Rüstungsprojekte verschoben würden, sei normal. Alles kein Problem. **Verteidigungsdepartement und Armee hätten nichts falsch gemacht.** Um die Finanzkommission des Nationalrats zu überzeugen, hat Amherd gestern Freitag sogar die wichtige Münchner Sicherheitskonferenz geschwänzt. Doch es hat sich gelohnt. Vor der Kommission gelang es der Bundespräsidentin klar-

zustellen, **dass Süssli dramatisierte.** Wie auch die Eidgenössische Finanzkontrolle bestätigt habe, war es «ein Fehler», von einem Liquiditätsengpass zu reden, hielt Kommissionspräsidentin Sarah Wyss (35) vor den Medien fest. Die Kommission sehe deshalb «keinen Handlungsbedarf».

Wyss liess keine Zweifel daran aufkommen, **dass ihre Kommission wenig Verständnis hat für die Äusserungen des Armeechefs: «Es fielen Wörter, die nicht zitierbar sind.»** Mündliche wie schriftliche Informationen zu fehlender Liquidität seien schlicht falsch. Amherd sei sich wohl bewusst, «dass sich so etwas nicht wiederholen darf», so Wyss.

Bundesrätin Amherd dagegen habe klarstellen können, dass die Armee allen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen kann. Weil aber das Militärbudget langsamer auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angehoben wird, brauche es manche Planungsänderungen.



Sorgte mit Falschaussagen für Unruhe: Armeechef Thomas Süssli.

Zudem soll es schon 2014 rund 1,4 Milliarden Franken an «Finanzüberhängen» gegeben haben. So müsse auch der heutige Überhang keinen Anlass zur Besorgnis geben. Bereits 2025 werde er wieder sinken.

Nun steht Süssli im Zentrum der Kritik. **Dass gerade auch aus Amherds Mitte-Partei Zweifel am Armeechef geäussert werden, spricht Bände.** Parlamentsmitglieder fragen sich zunehmend, wie lange die VBS-Vorsteherin noch an ihm festhält. PASCAL TISCHHAUSER DANIEL BALLMER